Dienstag, 13. Dezember.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 10—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Red. 3615, 3616 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.
Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 50 ₰; für die Reklamespalte, 90 mm breit, ℳ 2,—, ohne jeden Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Begründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 576.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen rc. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 623.

∞ Zugang zum Frieden mit Irland.

Ein großes Ereignis ist es freilich, daß Lloyd George mit den Sinnfeinern zu einem Abkommen über die Zukunft Irlands gelangt ist, und an den Beglückwünschungen nach beiden Seiten hin können wir uns gern beteiligen. Doch darf man den Erfolg nicht übertreiben. Es kann etwas Gutes daraus werden, aber es ist noch nicht da. Von der Unterzeichnung eines mühsam abgefaßten Aktenstückes darf man nicht ohne weiteres Wunderdinge erwarten. Was die bitteren Kämpfe von Jahrhunderten ruiniert haben, das kann nicht durch einen Zauberspruch, sondern nur durch andauernde Arbeit wieder hergestellt werden. Auf das Abkommen paßt wohl die Bezeichnung, die seinerzeit Papst Leo XIII. auf die preußischen Novellen zu den Maigesetzen anwendete: Zugang zum Frieden. Es frägt sich, ob beide Teile, die Engländer und die Iren, den jetzt eröffneten Weg zur Versöhnung treu und beharrlich beschreiten werden. Irland soll Freistaat heißen und die gleiche Selbstregierung erhalten, wie die anderen „Dominions" des britischen Reiches. Es ist und bleibt aber ein großer Unterschied in der Stellung zur Zentralgewalt.

Kanada, Kapland usw. liegen fernab; Irland dagegen liegt unmittelbar vor der englisch-schottischen Insel. Der Verlust der anderen Dominions wäre eine erträgliche Amputation; aber der Verlust von Irland würde die britische Weltmacht ins Herz treffen. Irland ist ein unentbehrlicher Stützpunkt für die militärische und die wirtschaftliche Kraftentfaltung, für die Kriegsflotte und für den Handel. Darum wird man von London aus über Irland eine viel schärfere Kontrolle ausüben, wie über die anderen Reichsglieder, und diese Verwickelung der Interessen kann leicht zu Reibungen und Konflikten führen, die den alten Kampf wieder aufleben lassen.

Ein zweiter Unterschied besteht darin, daß der neue Freistaat das ganze Gebiet, das ihm die Natur zugewiesen hat, nicht umfassen kann. Ulster, der nördliche Teil von Irland, ist in seinem Glaubensbekenntnis, in seiner politischen Stimmung und in seinen wirtschaftlichen Betrieben von Südirland so sehr verschieden, daß eine einheitliche Regierung für die ganze Insel nicht vorgesehen werden konnte und auch in absehbarer Zeit nicht zu erwarten ist. In zwei katholischen Grafschaften, die noch zu Ulster gehören, gibt es schon eine irische Irredenta. Das Nebeneinander von Belfast und Dublin mit ihren gesonderten Parlamenten und Ministerien wird bald zum Gegeneinander führen, und wenn dann Altengland zugunsten des beliebteren Nordens sich einmischt, so wird im Süden wieder der Kriegsruf der Sinnfeiner erschallen.

Drittens kommt es wesentlich in Betracht, daß der Grund und Boden des neuen Freistaates zum größten Teil im Eigentum der englischen Landlords sich befindet. Der innere Frieden und die Wohlfahrt des irischen Volkes verlangen gebieterisch eine durchgreifende Agrargesetzgebung, und da fragt es sich, ob die an Ausbeutung gewohnten Engländer sich den „Eingriff in ihr Recht" gefallen lassen werden.

Freundschaft und Wohlstand, ein wirklicher Frieden erfordert noch eine große Portion von Klugheit, Nachgiebigkeit und sogar Opferwilligkeit auf beiden Seiten. Wir wünschen von ganzem Herzen, daß auf diese Weise die eingeleitete Versöhnung recht schnell und recht gründlich erreicht werden möge. Doch vor überspannten Hoffnungen muß man sich hüten, sowohl in fremden, wie in eigenen Angelegenheiten. Unsere guten Wünsche entspringen übrigens nicht allein dem Mitgefühl mit dem armen irischen Volke, das seit Jahrhunderten den Verzweiflungskampf um sein Dasein unter den schwierigsten Verhältnissen führt. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen hat Deutschland selbst ein dringendes Interesse daran, daß England in seiner Weltpolitik entlastet werde. Lloyd George ist nicht unser Wohltäter, nicht einmal unser Freund; aber er ist nicht der schlimmste von unseren Gegnern, und es kann uns nur recht sein, wenn er Zeit und Kraft findet, um den französischen Gewaltpolitikern ein größeres Gegengewicht zu bieten. Die vorläufige Erledigung der brennenden irischen Frage gibt ihm offenbar eine größere Bewegungsfreiheit auf dem Gebiete der Außenpolitik. Wie weit das für Deutschland gut ist, muß sich freilich noch zeigen; doch keinesfalls bedeutet es eine Verschlimmerung unserer Lage.

Was die Iren jetzt erlangt haben, das verdanken sie ihrer Zähigkeit und Einigkeit. Diese letztere scheint jetzt in die Brüche gehen zu sollen. Gewiß bietet das Abkommen noch manche Schwierigkeiten, aber diese sollten doch nicht zur Spaltung des irischen Volkes führen. Wenn die letzten Meldungen richtig sind, gerieten die Führer der Iren über den Vertrag in Zwiespalt. Das hätte nicht sein dürfen. Denn der wahre Wert des Abkommens wird sich erst bei der Ausführung zeigen. Es kommt darauf an, welchen Gebrauch die Iren von den neuen Mitteln machen, die ihnen geboten werden durch die Selbstregierung, um ihre Interessen zu wahren gegenüber den politischen, militärischen, konfessionellen und wirtschaftlichen Bedrängnissen. Aber wie sollen die Iren gegenüber den alten Feinden und den neuen Wettbewerbern sich durchsetzen, wenn sie in sich zerfahren sind und ihre besten Kräfte in häuslichen Streitigkeiten verbrauchen?

Wenn die Gegner des Abkommens denken, daß ihnen die volle Unabhängigkeit und Freiheit in den Schoß fallen werde, so müssen sie auf den Zusammenbruch des britischen Weltreiches rechnen. Ist eine solche Katastrophe in absehbarer Zeit zu erwarten? Schwerlich. Zum mindesten wäre es zweifelhaft, ob die Lebenskraft des irischen Volkes nicht eher erschöpft würde, als die Herrscherkraft der Engländer. Auf jeden Fall erscheint es als klüger, das jetzt Gebotene zu ergreifen und auszunutzen, um beim Eintritt einer Katastrophe mit aufgefrischten Kräften auf dem Posten zu sein.

Man spricht von einer „Volksabstimmung" in Irland. Nach allen bisherigen Nachrichten hat das Volk dort die Unterzeichner des Abkommens mit großer Freude und Dankbarkeit begrüßt. Eine förmliche Abstimmung würde wahrscheinlich zugunsten des Abkommens ausfallen. Aber besser wäre es, das außerordentliche Plebiszit zu vermeiden und sich mit den regelmäßigen Wahlen zum Parlament zu begnügen, wie es ja auch bei uns in Deutschland geschehen ist. Die Selbstregierung eines Volkes ist nur möglich, wenn die Minderheit sich gewissenhaft dem Mehrheitswillen fügt.

*

Aus dem Ulster-Parlament.

WTB. **London**, 12. Dez. **(Telegr.)** Der Premierminister von Ulster, Sir James Craigh, erklärte heute im Ulster-Parlament, die Lage sei sehr ernst. Er forderte jedoch zu Mut und Optimismus auf. Ulster sei entschlossen, keinen Zoll von dem Wege abzuweichen, den es sich vorgezeichnet habe. Es werde seine Ideale nicht ändern. Craigh beschuldigte Lloyd George, sein Versprechen nicht gehalten zu haben. Die Lage sei durch die Unterzeichnung des Vertrages zwischen den britischen Vertretern und den Sinnfeinervertretern so verwickelt geworden, wie noch nie. Craigh sagte, wir wurden in den Vertrag nicht einbezogen, wir wurden nicht aufgefordert, den Vertrag zu unterzeichnen. Der Vertrag erfüllt nicht das feierlich dem Ulstervolke gegebene Versprechen, daß seine Rechte nicht beeinträchtigt oder geopfert werden sollen.

Den Blättern zufolge waren in Belfast Meldungen bekanntgegeben worden, daß Lloyd George darum ersucht habe, daß Craigh keinerlei öffentliche Aeußerungen tun möge, die das Sinnfeinerparlament bei seinen Erörterungen am Mittwoch beeinflussen könnte. „Evening Stindart" zufolge verlautet, daß Lloyd George es abgelehnt habe, Ulster in den Fragen der Finanzen und der Grenze irgendwelche Zugeständnisse zu machen. Wie noch gemeldet wird, gehören die weiblichen Mitglieder des Sinnfeinerparlaments zu den Radikalen. In Dublin ist man, „Evening News" zufolge, jedoch der Ansicht, daß der Vertrag mit einer dreiviertel Mehrheit angenommen werden wird.

Abermalige Erhöhung der Posttarife.

Erdrosselung der deutschen Presse.

WTB. **Berlin**, 12. Dez. Der Reichsrat beschäftigte sich mit der neuen Vorlage über die bereits kürzlich gemeldete Erhöhung der Post-, Telegramm- und Fernsprechgebühren, nach der die Postgebühr durchschnittlich auf das 20fache, die Fernsprechgebühren auf das 15fache der Friedensgebühren erhöht werden sollen. Aus den neuen Gebührensätzen ist hervorzuheben: Im Ortsverkehr soll die Postkarte 75 Pfg., der 20-Gramm-Brief 1,25 ℳ, im Fernverkehr die Postkarte 1,25 Mark, der 20-Gramm-Brief 2 ℳ kosten. Die Drucksachenkarte soll 40 Pfg. kosten. Päckchen sollen 5 ℳ kosten, Pakete bis 5 Kilogr. in der Nahzone 6 ℳ, in der Fernzone 9 ℳ. Von 5 Klg. bis zur Höchstgrenze von 20 Klgr. steigen die Sätze für Nah- resp. Fernzone bis 30 resp. 40 ℳ. Postanweisungen kosten bis 100 ℳ 2 ℳ. Das Porto steigt bis zum Ueberweisungsbetrage von 2000 ℳ bis 7 ℳ. Die Postscheckgebühr beträgt für die Zahlkarte bis 100 ℳ 75 Pfg. und steigt bis 6 ℳ bei Zahlkarten über Beträge von mehr als 5000 ℳ. Die Auszahlungsgebühr beträgt ein Fünftel vom Tausend des Betrages. Die Telegrammwortgebühr soll 1 ℳ betragen, Mindestgebühr für Telegramme 10 ℳ. Die Fernsprechgebühren sollen durchweg um 100 Prozent erhöht werden. Zeitungspakete in der Nahzone bis 5 Kilogr. sollen 5 ℳ kosten.

Die Zeitungsgebühr für die Nummer bis 20 Gramm Gewicht soll 6½ Pfg. betragen und erhöht sich bis zu 16 Pfg. bei Gewichten von 60—90 Gramm und steigt für jede weitere 30 Gramm um 3 Pfg., Mindestjahresgebühr 3 ℳ. Die Verpackungsgebühr für jede 100 Nummern bis 20 Gr. 1,50 ℳ, steigt bei Gewichten bis 90 Gramm bis zu 2,30 ℳ, für jede weitere 30 Gramm 20 Pfg. mehr. Gebühren für Nummerüberweisung bei einem Kilogramm Jahresgewicht vierteljährlich 40 Pfg., für jedes weitere halbe Kilogramm vierteljährlich 20 Pfg.

An Mehrerträgen werden erwartet bei Postgebühren 1728,9 Millionen ℳ, bei Postscheckgebühren 57 Millionen ℳ, bei den Telegrammgebühren 200 Millionen ℳ und bei Fernsprechgebühren 350 Millionen ℳ.

Vom Berichterstatter des Ausschusses wurde darauf hingewiesen, daß die **weitere Heraussetzung** der Postzeitungsgebühren erst **vom 1. April 1922 ab in Kraft treten** soll und daß der **Reichspostminister sich überhaupt vorbehalten hat, über die erhöhten Sätze noch weiter mit der Presse zu verhandeln.**

In der Aussprache lehnte der Vertreter Sachsens die Vorlage ab, da die sächsische Regierung der Ueberzeugung sei, daß der Abbau des Defizits nicht lediglich durch fortgesetzte Gebührenerhöhung erfolgen dürfe. Der Vertreter Bayerns stimmte namens seiner Regierung der Vorlage angesichts der Zwangslage der Reichsregierung zu, knüpft jedoch daran den ausdrücklichen Vorbehalt, daß die Reichspostverwaltung unverzüglich daran gehe, durch eine Aenderung des Dienstbetriebes Ersparnisse zu erzielen. Preußen und Anhalt schlossen sich dieser Erklärung an.

Der Reichsrat nahm die Vorlage unverändert mit Stimmenmehrheit an.

Einstimmig angenommen wurde eine vom Bevollmächtigten der Provinz Westfalen, Buchdruckereibesitzer Lensing, eingebrachte Resolution, daß die Reichspostverwaltung wegen der Bemessung der Zeitungsgebühren mit dem Verein Deutscher Zeitungsverleger in Beratungen eintreten solle.

Weiter wurde eine Resolution angenommen, die im Wesentlichen die Ersparnisgedanken der vom Reichsplenum am 8. Dezember angenommene Entschließung wiederholt.

*

Wir wollen hoffen, daß über die Vorlage das letzte Wort noch nicht gesprochen ist. Die Verteuerung für die Zeitungen ist eine derartig ungeheure, daß viele politische Organe ganz zum Erliegen kommen müßten. Den Schaden trügen dann die Parteien, die zu einer derartigen Verteuerung der Zeitungsgebühren die Hand bieten. Tatsächlich steht die deutsche Presse vor einer Katastrophe.

Unsere Wirtschaftslage.

WTB. **Darmstadt**, 12. Dez. **(Telegr.)** Heute fand hier im Sitzungssaale der Volkskammer eine **Aussprache der Wirtschaftsminister des Reiches und der Länder** statt. Staatspräsident **Hirsch** begrüßte die Versammelten namens der hessischen Regierung. Nach einleitenden Worten des Reichswirtschaftsministers **Schmidt** legten die Ministerialräte Trandelenburg, Flach und Freiherr von Buttlar in längeren Referaten die gegenwärtige Wirtschaftslage, die vom Reichsrat getroffenen Maßnahmen und die bestehenden Absichten dar. Im einzelnen wurde ausgeführt, daß angesichts der großen Schwierigkeiten, die sich bei der Durchführung des bestehenden Systems der Einfuhrkontrolle ergeben, die Maßnahmen ernst erwogen werden müßten, wie im Interesse der Aufrechterhaltung der deutschen Zahlungsfähigkeit eine erweiterte Einfuhrbeschränkung hauptsächlich im Wege der Zollpolitik durchgeführt werden könne. Weiter wurde ausgeführt, die Entwertung der deutschen Valuta habe energische Maßnahmen des sogenannten Ausverkaufs Deutschlands notwendig gemacht. Insbesondere seien Maßnahmen zu einer verschärften Durchführung der Ausfuhrkontrolle ergriffen worden. Die Beteiligung des Reiches an dem Mehrerlös des Ausfuhrgeschäfts durch eine allgemeine Ausfuhrabgabe sei beabsichtigt. Um die schädliche Rückwirkung der Geldentwertung auf die Binnenwirtschaft zu mildern, müsse auf eine Steigerung der Produktion und Verminderung des übermäßigen Verbrauches hingewirkt werden. Die Auswüchse in der Preisgestaltung würden durch strenge Handhabung der bereits bestehenden Bestimmungen bekämpft. Für die Beobachtung der Preisbildung seien die Preisprüfungsstellen durch Kommissionen zu ergänzen, deren Mitglieder insbesondere auch aus der minder kaufkräftigen Verbraucherschaft zu entnehmen seien. Die Behinderung der Arbeitsmöglichkeit auf vielen Gebieten sei durch unsere bedrängte Kohlenlage verursacht. Alle diese Schwierigkeiten könnten nur beseitigt werden, wenn im Steinkohlenbergbau wieder Ueberschichten gefahren würden.

Die allgemeine Aussprache, die sich an den Bericht des Reichswirtschaftsministeriums schloß, führte zu erfreulicher Uebereinstimmung über die schwebenden Wirtschaftsfragen. Es wurde allgemein zum Ausdruck gebracht, daß **vor einer Lösung der Reparationsfrage der Boden für eine gedeihliche Wirtschaftspolitik nicht vorhanden sei.**

Gegen die Sonderbestrebungen am Rhein.

WTB. **Köln**, 12. Dez. Die politischen Parteien des Rheinlandes, die heute in Königswinter tagten, und zwar die Zentrumspartei, sozialdemokratischen Parteien, die deutsche Volkspartei, die deutschnationale Volkspartei und die deutsche demokratische Partei wenden sich in einem Aufruf gegen den Versuch sonderbündlerischer Kreise, durch offenen Hochverrat das Rheinland vom Reiche zu trennen, und erklären, daß sie auf ewige Zeiten fest zum deutschen Reiche halten und von einer Losreißung rheinischen Gebietes nichts wissen wollen. Die unabhängige sozialdemokratische Partei lehnte es jedoch ab, die Kundgebung der übrigen Reichsparteien zu unterzeichnen, weil sie der Ansicht sind, daß die sie bestimmenden Motive im Kampfe gegen die Loslösungsversuche anderer Natur seien, als die ihrer Partei. Eine Loslösung des Rheinlandes vom übrigen Reiche bekämpfe sie aber nach wie vor aufs äußerste.

Das Reparationsproblem.

Berlin, 13. Dez. **(Tel.)** Gestern wurde unter dem Vorsitz des Reichskanzlers in der Reichskanzlei die **Reparationsfrage** besprochen. An der Besprechung nahmen die Minister und die Ressortchefs teil. Dr. Rathenau berichtete in dieser Sitzung über die von ihm in London geführten Verhandlungen. Die Besprechungen waren streng vertraulich. Sie sollen heute vormittag fortgesetzt werden. Dem „B. T." zufolge liegt kein Grund vor, die Londoner Verhandlungen Rathenaus als ergebnislos zu bezeichnen. Der Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrats tritt heute vormittag zu einer vertraulichen Sitzung zusammen. Wie der „Deutsch. Allg. Ztg." zufolge verlautet, wird der **Reichskanzler** dieser Sitzung beiwohnen. Es steht aber z. Zt. noch nicht fest, ob er hier das Wort ergreifen wird. Eine Sitzung der vom Reichskanzler einberufenen Kreditkommission ist bisher noch nicht angesetzt.

Wie das „B. T." erfährt, ist **die Antwort der Bank von England** auf die Frage der Reichsregierung, ob die Bank gewillt sei, Deutschland einen Kredit einzuräumen, nunmehr **eingetroffen.** Ueber die Art der Antwort verlautet bisher nichts.

*

Paris, 12. Dez. Ministerpräsident Briand hat bei einem Empfang der Vertreter der Pariser Presse bestätigt, daß er am 19. oder 20. Dezember nach England reisen wird, um einer Aufforderung Lloyd Georges zu entsprechen. Der Wiederaufbauminister Loucheur, der sich nach Brüssel begeben hat, wird Briand nach London begleiten. Ueber das Programm der Zusammenkunft von Briand und Lloyd George wird übereinstimmend aus englischer und französischer Quelle gemeldet, daß ein großer Plan zum Wiederaufbau Europas besprochen werden soll. Die französische Regierung hat ihrerseits noch keinen festen Reparationsplan ausgearbeitet, doch hat sie schon die Ziele und Anregungen festgelegt, die Loucheur in London vorschlagen soll. Die „Chikago Tribune" behauptet, das englische Programm in seinen wichtigsten Punkten zu kennen. Danach gibt es folgende drei Punkte:

1. England schlägt eine Revision des Finanzabkommens vom 13. August vor, wonach Frankreich einen reichen Anteil an der ersten Goldmilliarde erhalten würde.
2. England schlägt vor, mehr als bisher die französischen Prioritätsrechte für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete anzuerkennen.
3. England will zur Deckung der französischen Schuld deutsche Reparationsschuldverschreibungen übernehmen. Dafür fordert England eine Revision des Londoner Abkommens. England wünscht, daß Deutschland große Zahlungserleichterungen gewährt werden und daß die hauptsächlichsten Zahlungen in natura erfolgen. Die Grundlage für die englischen Pläne ist das Abkommen von Loucheur und Rathenau. Falls Frankreich diesen englischen Vorschlägen zustimmt, sei England selbst bereit, Naturalzahlungen in größtem Maße von Deutschland entgegenzunehmen.

Es besteht auf englischer Seite die Absicht, auch Vertreter Belgiens und Italiens zu dieser Konferenz hinzuzuziehen und ihnen nahe zu legen, mit Deutschland ähnliche Abkommen zu treffen, wie Frankreich sie mit Deutschland in der Form des Wiesbadener Abkommens getroffen hat. Die „Times" weiß sogar aus gut unterrichteten Kreisen zu berichten, in London gewinne der Eindruck an Boden, daß die Erörterungen zwischen Lloyd George und Briand die Einleitung sein werde, für eine Erörterung der gesamten Fragen der finanziellen Verpflichtungen nicht nur Deutschlands, sondern auch der Alliierten, da die wirtschaftliche Lage der Welt von den Fragen der Weltfinanzen nicht getrennt werden könne. Was die Stellung der Vereinigten Staaten angeht, so hat nach einer Newyorker Meldung Hoover erklärt, es sei sehr zu wünschen, daß es bei den schwebenden Unterhandlungen über die Reparationsfrage gelinge, eine feste Grundlage zu finden, auf der man eine dauernde wirtschaftliche und politische Stabilität für Deutschland und Gewißheit regelmäßiger Zahlungen für die Verbündeten aufbauen könne.

*

Briand über Washington.

WTB. **Paris**, 12. Dez. **(Tel.)** Im Laufe der Debatte über das Budget der auswärtigen Angelegenheiten schnitt der Abg. Macell Sembat in der Kammer die Frage der Washingtoner Konferenz, sowie die Frage der Entwaffnung zu Lande an.

Ministerpräsident **Briand** antwortete, seine Aufgabe in Washington sei gewesen, die Vereinigten Staaten aufzuklären und ihnen die Lage Frankreichs darzulegen. In Washington seien Resultate von internationaler Bedeutung erzielt worden. Mit Befriedigung sehe er, daß Frankreich in die Entente mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Japan eintreten könne, um den Frieden im pazifistischen Ozean aufrechtzuerhalten. André Lefèvre habe der Kammer Tatsachen mitgeteilt, die Reichskanzler Wirth bestritten habe. Diese Ableugnungen hindern nicht, daß in Deutschland Verheimlichungen stattgefunden haben. Solange Deutschland böse Absichten kund gebe, sei es die Pflicht Frankreichs, zu wachen. (Beifall.)

Schließlich erklärte der Berichterstatter **Noblemaire**, wenn der Völkerbund der Ansicht sei, daß Deutschland in genügender Weise seinen Willen kundgegeben habe, die Friedensbedingungen zu erfüllen, dann werde er vielleicht seine Zulassung anempfehlen, und alsdann würden die Regierungen entscheiden. Was die Entwaffnung anbetreffe, so könne man sich erst dann darüber aussprechen, wenn Deutschland Beweise seines guten Willens gegeben habe.

*

Loucheur in Brüssel.

WTB. **Paris**, 12. Dez. **(Tel.)** Wie dem „Temps" von seinem Brüsseler Korrespondenten mitgeteilt wird, hatte Minister Loucheur heute vormittag eine zweistündige Unterredung mit Finanzminister Theunis und dem Außenminister Jaspar, in der er sie von dem Inhalt seiner Unterredung in London mit Lloyd George und Sir Robert Horne in Kenntnis setzte. Die belgische Regierung ist nach dem Korrespondenten der Ansicht, daß Deutschland unter keinem Vorwande ein Moratorium gewährt werden könne. Auf die Erklärungen Loucheurs hin, soll sie bereit sein, ihre bisherigen Einwendungen gegen das Wiesbadener Abkommen und die Nichtratifizierung des Finanzabkommens vom 13. August durch Frankreich fallen zu lassen. Der von Lloyd George betriebene wirtschaftliche und finanzielle Wiederherstellungsplan werde, dem Korrespondenten zufolge, in offiziösen Kreisen in Brüssel mit einem gewissen Skeptizismus aufgenommen.

Die Washingtoner Konferenz.

In der Samstagsitzung der Konferenz verlas Lodge das Viermächte-Abkommen, das am Freitag paraphiert wurde und dessen Unterzeichnung wahrscheinlich am Montag erfolgen wird. Lodge fügte hinzu, die Unterzeichnung erfolge unter dem Vorbehalt von amerikanisch-japanischen Verhandlungen in der Yap-Frage. Darauf hielt Balfour eine Rede; er sagte u. a. unter Beifall, die Spannung in der pazifistischen Frage sei beendet. Das englisch-japanische Bündnis, das nunmehr sein Ende nehme, habe die Prüfungen zweier großer Kriege überstanden. Unter diesen Umständen hätten die Unterzeichner des Bündnisses nicht auseinander gehen können wie Fremde. England sei Mißverständnissen ausgesetzt gewesen, den englisch-japanischen Vertrag auf eine breitere Grundlage zu stellen. Ich freue mich, sagte Balfour, daß die Vereinigten Staaten und Frankreich jetzt durch ein gemeinsames Abkommen mit Großbritannien und Japan verbunden sind. Nichts ist besser geeignet, den Frieden zu sichern und die Abrüstung zu ermöglichen. — Fürst Tokugawa sagte, ganz Japan werde der Vollendung dieses Werkes zustimmen und sich über dieses Unterpfand des Friedens freuen. — Schanzer erklärte, die italienische Delegation sei mit allen Maßnahmen einverstanden, die der Sicherung des Friedens dienten. Der holländische Vertreter van Karnebeek sprach Hughes seinen Glückwunsch zu dem ersten Ergebnis der Konferenz aus. — Der chinesische Delegierte Tse bemerkte, China freue sich über das Erreichte und hoffe, daß das gegenwärtige Abkommen durch weitere Abmachungen, an denen China teil haben werde, vervollständigt werde. Nach weiteren Ausführungen des portugiesischen Vertreters schloß Hughes die Sitzung mit den Worten: Ich freue mich, daß dieses Abkommen ein außerordentlicher Fortschritt auf dem Wege zur Erhaltung des Friedens bedeutet.

WTB. **Washington**, 12. Dez. **Viviani** sandte seiner Regierung ein Telegramm, in dem er die Ansicht ausspricht, daß die Konferenz sich der Verwirklichung ihrer hauptsächlichsten Ziele genügend genähert habe, um ihm zu gestatten, nach Paris zurückzukehren. Er wird sich am 18. Dezember auf dem Dampfer „Paris" einschiffen.

*

Harding an den Papst.

M. O. Der Staats-Sekretär C. Hughes, Vorsitzender der Konferenz von Washington hat im Auftrage des Präsidenten Harding an S. Eminenz den Kard.-Staatssekretär Gasparri in Antwort auf die Depesche des Hl. Vaters folgendes Schreiben gerichtet, welches gestern hier eingetroffen ist.

Washington, 18. November 1921.

Eminenz!

Die wohlwollenden Sympathie-Kundgebungen, welche dem Präsidenten aus allen Teilen der Welt zugegangen sind, haben in hohem Maße sein Vertrauen gestärkt, daß in der Weltlage eine große Besserung zu erwarten ist aus den Beschlüssen der Abrüstungs-Konferenz, welche jetzt in Washington ihre Sitzungen abhält. Der Präsident ist insbesonders erfreut durch das Telegramm mit der kostbaren Zusicherung des großen Interesses an der Konferenz seitens Seiner Heiligkeit des Papstes, welcher bei jeder günstigen Gelegenheit seinen Eifer zeigt bei allen Völkern der ganzen Welt den Frieden und den guten Willen zu fördern. Ich schätze mich glücklich, der Vermittler zu sein, um Ew. Eminenz den Dank dafür übermitteln zu dürfen und vertraue, daß Ew. Eminenz die Güte haben mögen, diesen zur Kenntnis Seiner Heiligkeit zu bringen.

Ich habe die Ehre zu sein
Ew. Eminenz untertänigster Diener
gez. Charles T. Hughes.

Neueste Nachrichten.

WTB. **Berlin**, 12. Dez. Der Hauptausschuß des preußischen Landtages nahm mit den Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und des Zentrums einen Antrag an, **bei den Vollsitzungen die preußische Landesfahne zu hissen.**

WTB. **Berlin**, 12. Dez. **Im Untersuchungsausschuß des Landtages** über die Vorgänge in Mitteldeutschland wurde heute das der Abg. Frau Klara Zetkin bei Ueberschreiten der russischen Grenze abgenommene **Aktenmaterial** besprochen. Zum Schluß der Besprechung wurde ein Antrag Dr. Meyer-Ostpreußen (Komm.) auf Zusammenstellung der öffentlichen Erklärungen über das sogenannte Zetkinmaterial angenommen. Der kommunistische Antrag, die Akten des Reichsgerichts über die Strafverfolgungen auf Grund dieses Materials einzusehen, wurde abgelehnt.

WTB. **Paris**, 11. Dez. Der deutsche Botschafter **Dr. Mayer** ist heute wieder in Paris eingetroffen.

Prof. Schücking als Mitglied des Haager Schiedsgerichts.

TU. **Berlin**, 13. Dez. **(Telegr.)** Durch den Tod des Universitätsprofessors Geh. Rat v. Martitz ist eine der vier nach dem Haager Abkommen zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle von Deutschland zu besetzenden Stellen des ständigen Haager Schiedshofes frei geworden. Die deutsche Regierung hat diese Stelle dem bekannten Völkerrechtslehrer Prof. Dr. Walter Schücking übertragen, der das Amt angenommen hat.

Wieder ein politisches Attentat in Japan.

WTB. **Paris**, 12. Dez. **(Tel.)** Nach einer Meldung der „Chicago Tribune" aus Tokio ist gestern ein **Mordanschlag** auf den kürzlich ernannten **japanischen Ministerpräsidenten Takahaschi** verübt worden. Das Attentat ist das zweite innerhalb zweier Tage. Mehrere Personen wurden verhaftet.

Kurse der Industriebörse Essen

vom 12. Dezember.

Mitgeteilt von der Dresdner Bank Filiale Münster, Münster i. W.

Kohlen- und Braunkohlenwerte:

Alte Haase 32 000 zu 36 000. — Caroline 42 000 zu 46 000. — Carolus Magnus 70 000 zu 80 000. — Diergardt 57 000 zu 62 000. — Ewald 500 000 zu 550 000. — Glückaufsegen 48 000 zu 60 000. Gottessegen — zu 60 000. — Graf Bismarck 475 000 zu 550 000. — Graf Schwerin 200 000 zu 220 000. — Heinrich 95 000 zu 110 000. — Johann Deimelsberg 1000 000 zu 112 000. — König Ludwig 475 000 zu 550 000. — Langenbrahm 155 000 zu 175 000. — Moers 48 000 zu 53 000. — Trappe 32 000 zu 36 000. — Trier 60 000. — Wilh. Mevissen 65 000 zu 75 000. — Leonhardt 104 000 zu 107 000. — Michel 100 000 zu 107 000. — Vesta 65 000 zu 80 000. — Konstantin d. Gr. 475 000 zu 525 000. — Adler-Kohle-Aktien 500 zu 525 Prozent.

Kaliwerte:

Aller Hammonia 7500 zu 8500. — Asse 40 000 zu 42 000. — Bergmannssegen 98 000 zu 105 000. — Burbach 118 000 zu 130 000. — Einigkeit 43 000 zu 49 000. — Felseniest 33 000 zu 36 000. — Gebra 49 000 zu 52 000. — Glückauf-Sondershausen 135 000 zu 155 000. — Günthershall 39 000 zu 42 000. — Hedwigsburg (Rothenberg) 8300 zu 9000. — Heringen 36 000 zu 39 000. — Hohenfels 65 000 zu 68 000. — Hugo 69 000 zu 75 000. — Hupstedt 34 500 zu 37 000. — Königshall 82 000 zu 90 000. — Neustaßfurt 150 000 zu 175 000. — Reinhardsbrunn 16 000 zu 18 000. — Rössing Barnten 19 000 zu 21 000. — Siegfried I 4200 zu 4700. — Siegfried Giesen 65 000. — Volkenroda 60 000 zu 67 000. — Walbeck 32 000 zu 44 000. — Wilhelmshall 85 000 zu 95 000. — Wintershall 600 000 zu 700 000. — Adler-Kali-Aktien 415 zu 440 Proz. — Hallesche Kali-Aktien 420 zu 470 Proz. — Hannoversche Kali-Aktien — zu 900 Proz. — Heldburg Vorz.-Aktien 670 zu 710 Proz. — Krügershall Kali-Aktien 440 zu 480 Prozent. — Ronnenberg Kali-Aktien 540 zu 570 Prozent.

Aktien ohne Börsennotiz.

Becker Stahlwerk 510 zu 580 Proz. — Benz Motoren 480 zu 510 Proz. — Brückenbau Flender 600 zu 630 Proz. — Chem. Rhenania 680 zu 715 Proz. — Eisenhütte Westfalia Bochum — zu 1300 Proz. — Elsa Cement 550 zu 600 Proz. — Halbach Maschinen 370 zu 400 Proz. — Hansa Lloyd 370 zu 410 Proz. — Kabel-Rheydt 950 zu 1000 Proz. — Rud. Karstadt 270 zu 300 Proz. — Mannesmann Mulag 330 zu 350 Proz. — Rhein.-Westf. Elektr. 500 zu 550 Proz. — Rhein.-Westf. Schachtbau-Vorz. 350 zu 380 Prozent. — Trierer Walzwerke 550 zu 560 Proz. — Tiag 510 zu 540 Proz. — Uerdinger Waggon 1080 zu 1090 Prozent.

Städtisches.

Münster, 13. Dezember.

* **Deutschlands Kalibergbau, die bergmännische Gewinnung und fabrikatorische Verarbeitung der Kalisalze** ist das Thema, über welches der bekannte Fachmann, Herr Regierungs- und Bergrat Wedekind aus Bernburg (Saale) namens der hiesigen Ortsgruppe des Reichsbundes deutscher Technik am Sonntag, den 18. d. M. vormittags 11 Uhr im Rolandtheater am Hauptbahnhof einen öffentlichen Film- und Lichtbilder-Vortrag halten wird. Der Redner wird die Entstehung der Kalisalzlager tief in der Erde behandeln, also interessante geologische Erläuterungen bringen und zwar an Hand von rekonstruierten bildlichen Darstellungen.

□ **Die neue amtliche Zeitungspreisliste** ist soeben erschienen. Sie enthält außer den Bezugspreisen sämtlicher zum Postvertrieb angemeldeter Zeitungen auch Angaben über deren Erscheinungsweise, Auflagezahl, Anzeigen und Reklamebedingungen usw. und wird durch jährlich 16 Nachträge und Ergänzungshefte ständig auf dem Laufenden erhalten. Preis 50 Mark, nicht 50 Pfennig. Zu beziehen bei jeder Postanstalt.

V Jugendherbergswoche.

Die Veranstaltungen fanden ihre Fortsetzung am Samstag im überfüllten Saale des Gesellenhauses. Der Vortrag des Studienassessors Krug behandelte „Die Volks- und Jugendbühne", die, in der rechten Weise geleitet, mitberufen ist zur Arbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes. Diese Ausführungen wurden eingerahmt durch Rezitationen des Studienassessors Steffens, der, indem er dem Leitgedanken „Die Natur im Spiegel der deutschen Dichtung" folgte, eine Reihe von Nacht-, Zeit- und Landschaftsbildern unserer besten Lyriker überaus wirkungsvoll gestaltete; in Nachtliedern von Eichendorff, Mörike, Lenau, in Frühlingsliedern von Uhland, Storm, O. J. Bierbaum, in Annettens „Haus in der Heide" und Ina Seidls „In einer Winternacht" offenbarte Herr Steffens eine Vortragskunst, die seines Meisters, des in Münster wohlbekannten Professors Gregori, nicht unwürdig ist. — Den letzten Teil des Abends füllte „Das kleine Weihnachtsspiel" von Franz Herwig aus. Wenn Herr Studienassessor Krug mit der Einübung dieses Stückes eine Probe von der Wahrheit seiner oben erwähnten Ausführungen geben wollte, dann hat das kecke Spiel der jugendlichen Darsteller diese „Probe aufs Exempel" gut geliefert. Die Weihnachtsstimmung des Abends vertiefte Lehrer Grimmelt durch den Vortrag eines Weihnachtsliedes von P. Kornelius.

Unter regster Teilnahme, namentlich der Jugendlichen, fand die Jugendherbergswoche Sonntag abend in der Aula des Städt. Gymnasiums einen durchaus würdigen und fröhlichen Abschluß. Im Namen der Veranstalter sprach Lehrer Scheffler den Dank aus und gab seiner Freude Ausdruck über den glanzvollen Verlauf der Veranstaltungen. Besondere Beachtung verdient der Vortrag Dr. Kochs über „Rhythmus, Volkstanz, Volksgesang". Ebenso beifällig wie diese, durch Beispiele am Klavier erläuterten Ausführungen wurden auch die Lieder zur Laute, von F. Gust sehr fein und geschmackvoll vorgetragen, aufgenommen. In die steigende Begeisterung des Abends hinein wirbelten dann die Volkstänze der Mädchen und Burschen, klangen die fröhlichen Gruppenlieder, daß man nach einem gemeinsamen Schlußliede mit der Ueberzeugung gehen konnte: Die Jugendherbergswoche war ein guter und ganzer Erfolg.

Wesentliches über das Ortsklassenverzeichnis.

Vom Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes wird uns u. a. geschrieben:

Das neue Ortsklassenverzeichnis ist inzwischen vom Reichsrat angenommen und Münster wider alles Erwarten in Ortsklasse B belassen, obwohl die für die Einstufung nach A erforderlichen Teuerungsziffern längst erreicht waren. Es dürfte nicht mehr unbekannt sein, daß seit einer gewissen Zeit in den Aufzeichnungen des Statistischen Amtes in Berlin Münster als für Ortsklasse A zuständig geführt wurde. Jedenfalls waren selbst unser Stadtoberhaupt wie auch verschiedene Abgeordnete Preußens und des Reiches von der festen Zuversicht durchdrungen, daß Münster bei der endgültigen Verabschiedung in A eingestuft würde. Sie haben in dieser Hinsicht auch keinen Zweifel aufkommen lassen. Wieviel Beamte haben nicht in dieser Erwartung sich Ausgaben gestattet, die sie sonst womöglich beiseite gelassen hätten. Und da es mit der Einstufung nun nichts geworden ist, ist der Verlust für sie doppelt schwer. Es hat sich ihrer eine große Erregung bemächtigt, die sich in allen möglichen Vermutungen hervordrängt. Den wirklich energischen Bemühungen des Oberbürgermeisters in der letzten Zeit ist es leider nicht gelungen, das zu erreichen, was viele tausende Beamte als selbstverständlich ansahen, nämlich die Einstufung Münsters in die Ortsklasse A. Es wäre entschieden berechtigter, bei Prüfung der Gründe hinsichtlich der Ablehnung der Einstufung etwas weiter zurückzugreifen. So kommt man auf die Zeit, in der die Stadt Münster sich emsig bemühte, nach innen und außen als billiges Landstädtchen zu gelten. Dieses Ansehen hat sich bis in die neueste Zeit hindurch hochgehalten und zweifellos erheblich dazu beigetragen, daß man Münster in letzter Stunde doch noch mit kleinen Landstädtchen wie Soest, Herford, Paderborn usw. auf eine Stufe stellte. So ist Münster denn die einzige Provinzialhauptstadt, die in Ortsklasse B verblieb, weil man in Berlin ein durchaus falsches Bild von den wirklichen Verhältnissen der Stadt Münster hat. Die Einstufungsaufgabe ist allerdings ein schwieriges Exempel, weil die Aufstellung eines gerechten Ortsklassenverzeichnisses auf der Grundlage der Teuerungsverhältnisse allein eine Unmöglichkeit ist. Das Statistische Amt hält sich mit Vorliebe an die amtlichen Berichte und Zahlen, während es die meist mit allergrößter Schwierigkeit aufgestellten Uebersichten der Ortskartelle als unrichtig und übertrieben anspricht. Die Verhältnisse in Münster liegen aber doch so, daß jeder Unbefangene und jeder Uninteressierte zugeben muß, daß es hier nichts billiger ist, als in den nach A eingestuften Städten Hannover, Unna, Hamm, Heeßen, Gronau usw. Bei Aufstellung der Statistik kommen außer den Teuerungsverhältnissen aber noch weitere Momente in Betracht, z. B. die Größe des Ortes, seine Lage, die Witterungsverhältnisse, die Nähe der Grenze und der Grenze nach Ländern mit hochstehender Geldwährung. Münster ist Provinzialhauptstadt und hat z. Zt. 106 000 Einwohner. Ist zwar von Landwirtschaft umgeben, der Nutzen hieraus ist aber gleich Null. Was uns auf der einen Seite bleibt, geht auf der anderen bestimmt dadurch verloren, daß Münster auch noch an der Grenze eines Landes mit sehr hochstehender Geldwährung liegt. Der Umstand der naheliegenden Grenze ist auch bestimmend gewesen, Gronau nach A einzustufen. Es muß aber doch zugegeben werden, daß die Holländer sich nicht bloß auf Gronau beschränken, sondern (und das trifft für Münster zu) auch die Provinzialhauptstadt mit ihren Besuchen beehren. Alle diese Umstände hat man scheinbar bei Münster unberücksichtigt gelassen, was als ein schwerer Mangel an dem der Regierung zur Genehmigung en bloc vorliegenden Gesetzentwurf angesprochen werden muß. Hierüber sind sich alle münsterschen Beamten klar. Sie sind sich auch darüber klar, daß etwas gegen die Annahme der Klasseneinteilung im Ganzen unternommen werden muß. Das Ortskartell des Deutschen Beamtenbundes hat deshalb eine Besprechung mit den Führern der freien und christlichen Gewerkschaften, sowie mit dem ersten Vorsitzenden des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten pp. herbeigeführt und erreicht, daß die genannten Gewerkschaften sich einmütig zur Mitwirkung bereit erklärt haben. (Wie können dazu mitteilen, daß seitens der Stadtverwaltung ebenfalls sofort Schritte gegen den Beschluß des Reichswirtschaftsrates unternommen worden sind.)

Provinzielle Nachrichten.

□ **Sendenhorst**, 12. Dez. Im Alter von fast 77 Jahren starb am vergangenen Sonntag der Brennereibesitzer und Postsekretär a. D. Theodor Bonse. Der Verstorbene entstammte der seit mehreren Jahrhunderten hier ansässigen Familie Bonse, die dadurch besonders bekannt geworden ist, daß sie die älteste Postfamilie Westfalens ist. „Etwa von 1690," so schreibt der Rechnungsrat Müller in der Monatsschrift „Münsterland", Heft 3 vom Jahre 1920, „bis Ende 1910, also 220 Jahre lang haben Mitglieder der altmünsterländischen Postfamilie Bonse der Fürstlich Thurn- und Taxisschen, der Königlich-Preußischen, der Kaiserlich-Französischen, wiederum der Königlich Preußischen, der Norddeutschen und zuletzt der Kaiserlich Deutschen Reichspostverwaltung mit unverbrüchlicher Treue gedient, ein Fall, der in der gesamten deutschen Postwelt wohl einzig dasteht. Der letzte Postmann Bonse war 46 Jahre lang als Postverwalter tätig. Seine Verdienste wurden seinerzeit durch Verleihung des Königlichen Kronenordens 4. Klasse anerkannt." — An dem Wohl und Wehe seiner Vaterstadt hat der Verstorbene stets regen Anteil genommen. Vom Jahre 1881—1887 war er Beigeordneter, vom Jahre 1888—1919 Stadtverordneter. Außerdem entfaltete er eine ersprießliche Tätigkeit in den vielen Kommissionen, denen er angehörte. In der vorletzten Wahlperiode gehörte er auch dem Kreistage an. Der freiwilligen Feuerwehr, deren Chef er vom Jahre 1893—1906 war, verhalf er zu einer großen Blüte. Mehrere Jahrzehnte war er auch als Kirchenvorstandsmitglied tätig. In allen Aemtern bekundete er eine strenge Pflichttreue und unermüdliche Arbeitskraft. Seine vielen Verdienste werden ihm ein dankbares Andenken sichern.

* **Lüdinghausen**, 14. Dez. **Das neue Notgeld** der Stadt Lüdinghausen ist nach nur kurzem Umlauf der Beschlagnahme verfallen. Anlaß zur Beanstandung gaben die Fünfzigpfennigscheine, auf denen ein alter Nachtwächter wiedergegeben war mit der Unterschrift: „Grund sine Kunt wägt 18 Pund." Von Seiten der Angehörigen des früheren Nachtwächters war hiergegen Beschwerde eingelegt worden, der die Polizeibehörde stattgegeben hat.

⊙ **Essen**, 11. Dez. In der Nacht zum Samstag ist die Ehefrau Bongardt, die von ihrem Ehemanne getrennt lebte, einem **Morde** zum Opfer gefallen. Der mutmaßliche Täter, ein Kraftwagenführer der Firma Abel, konnte noch in derselben Nacht verhaftet werden.

Kirchliches.

Ernste bischöfliche Mahnworte.

Anläßlich der Einweihung der neunten katholischen Kirche in Stuttgart, der Herz Jesu-Kirche für die Bewohner des östlichen Stadtteiles in Gaisburg hielt Bischof v. Keppler von Rottenburg bei der Festfeier im größten Saale Stuttgarts in Anwesenheit von über 2000 Katholiken eine Rede über die Pflichten der Katholiken in der heutigen Not. Jeder Katholik habe die Pflicht, mehr zu tun, als Pflicht ist. Es geschehe viel Erbauliches in der Diaspora Stuttgart. Tausende füllen die Gotteshäuser, aber daneben gebe es Tausende Kirchenscheue und -flüchtige. Hunderte werden gerecht, aber Hunderte gehen unter. Hunderte sind eifrig tätig, Hunderte aber rühren keinen Finger, geben keine Mark. Es fehlt an Arbeitskräften, die zugreifen, die Hauptarbeit bleibt wenigen, die sich vorzeitig abarbeiten. Schuld an der Untätigkeit dieser Vielen ist der Mangel an Gemeinschaftsgefühl, an kirchlichem, sozialem und caritativem Empfinden. Ein solcher sorge schlecht für sich und die Seinen, es fehle ihm der Segen des Almosens, er leide an einer Herzverkaltung. Wenn jeder seine Pflicht erfüllt, so wäre das Hochbau am Gemeindeleben. Der Bischof dürfe nicht hinwegtäuschen über die Not der Zeit. Mit jenem holländischen Bürgermeister sage er: es kommt noch viel schlimmer. Wehe denen, die heute nichts anderes zu tun wissen, als ans Wohlleben und Reichwerden zu denken, die ihren Patriotismus nur auswirken lassen in Schimpfen und Räsonieren. Das sind keine Christen und keine richtigen Deutsche. In solcher Zeit ist es eines jeden Pflicht, in der Lebenshaltung sparsam zu sein, Entsagung zu üben, Opfergeist und hilfreiches Erbarmen zu zeigen mit allen Notleidenden, ferner seinen Glauben zu bekennen, und sein „Licht leuchten zu lassen" in dieses nächtliche Dunkel, in diesen schwülen Dunst, und seinen Wandel nach dem Glauben einzurichten. Schließlich legte der bischöfliche Redner noch eine Lanze ein für die konfessionelle Schule und die Elternvereinigungen. Zeigen sich so die Katholiken als Katholiken der Tat, sind wir einig, so sind wir so stark, daß wir nichts auf der Welt zu fürchten brauchen, daß wir unserem Vaterland durchhelfen können. Das sagen wir nicht in Ueberhebung, sondern in Demut, im Vertrauen auf die Kraftströme, die uns unser Glaube bietet.

Vermischtes.

WTB. Saarlouis, 12. Dez. (Tel.) Gestern abend fand unter Beteiligung einer nach Tausenden zählenden Menschenmenge die **Beisetzung von 10 Opfern der Explosionskatastrophe Saarwellingen** statt. Alle Gemeinden der nahen und ferneren Umgebung waren durch Abordnungen vertreten, ebenso die Behörden, Vereine, Feuerwehren usw. Die französischen Saartruppen hatten eine Ehrenkompagnie unter einem kommandierenden General gestellt. Als Vertreter der Regierungskommission war der Präsident des Staatsrats Raoult erschienen, der nach der Einsegnung am offenen Grabe das Wort ergriff, um in französischer Sprache das Mitgefühl der Regierungskommission mit den Hinterbliebenen auszudrücken. Er gab ferner die Erklärung ab, daß man im Schoße der Finanzkommission gegenwärtig die Schaffung einer Arbeitskammer erwäge, die über alle Arbeitsfragen befinden solle, insbesondere darüber, welche deutschen Gesetze im Saargebiet zum Schutze der werktätigen Bevölkerung eingeführt werden sollen.

WTB. Lille, 12. Dez. (Tel.) Eine **Feuersbrunst** vernichtete vorgestern einen großen Teil der auf dem Gebiete von Roubaix stehenden Oelwerke. Trotz der raschen Ankunft der Feuerwehr, die wenige Minuten nach dem Feuerlärm eintraf, dehnte sich das Feuer auf 3 Räumlichkeiten aus, wo das ganze Material und Mauerwerk vernichtet wurde. Der sehr erhebliche Schaden konnte noch nicht abgeschätzt werden.

Handels-Nachrichten.

* **Abdeckung von Termindevisen durch Reparationsgutscheine.** Vielfachen Anfragen zufolge weist das Reichsbankdirektorium darauf hin, daß die Reichsbank die englischen Reparationsgutscheine nicht als Abdeckung auf vorverkaufte Devisen annehmen kann. Für den Verkauf an die Reichsbank kann daher bei Exporten nach England nur der tatsächlich zu erwartende Devisenerlös, d. h. 74 Prozent des Fakturenwertes, in Betracht kommen. Die Reichsbank hat sich jedoch wegen Ermöglichung einer Kurssicherung auch hinsichtlich des Restbetrages erneut mit dem Reichsfinanzministerium ins Benehmen gesetzt.

* **Oldenburgische Landesbank.** In der kürzlich stattgehabten Aufsichtsratssitzung wurde beschlossen, das Grundkapital durch Ausgabe von neuen Aktien zu je 1000 M von 10 auf 20 Millionen M zu erhöhen. Die Entwicklung und Ausdehnung der Bank in Verbindung mit der allgemeinen Geldentwertung lassen diese Kapitalserhöhung als notwendig erscheinen. Zur Beschlußfassung über die Erhöhung ist eine außerordentliche Generalversammlung auf den 29. Dezember einberufen.

* **Zahlungsschwierigkeiten der Hamburger Bankfirma Köhler, Borchardt u. Marum.** Die seit einem Jahre bestehende Bankfirma ist durch die starken Kursrückschläge am Effektenmarkt und am Devisenmarkt in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die von der Kolonialbank unternommenen Stützungsmaßnahmen haben sich als unzureichend erwiesen, so daß eine außergerichtliche Liquidation zweifelhaft geworden ist.

* **Ein deutsch-russischer Kreditvertrag.** Wie der Generalsekretär der sowjetrussischen Handelsvertretung in Berlin, J. A. Pieper, dem Vertreter des Ost-Expreß erklärte, ist dieser Tage ein Kreditvertrag zwischen der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik, vertreten durch die Handelsvertretung zu Berlin, und der Deutsch-Osteuropäischen Kreditbank Akt.-Ges. zu Elberfeld, deren Verwaltung mit der Leitung des Deutsch-Osteuropäischen Wirtschaftsverbandes e. V. in Elberfeld verbunden ist, zustande gekommen. Die Handelsvertretung bestellt bei deutschen Firmen Waren aller Art im Gesamtwert von vorläufig 200 Mill. M.

* **Gespannte Betriebslage bei der Eisenbahn.** Das Reichsverkehrsministerium und der Reichskohlenkommissar teilen mit, die Betriebslage bei der Reichsbahn ist noch immer äußerst gespannt, weil der schon über drei Wochen anhaltende Frost an vielen Stellen anfangs dieser Woche 10—12 Grad betrug, wozu noch betriebserschwerende Winde und Nebel auftraten. Das behindert die Tätigkeit der Ablaufberge in den Rangierbahnhöfen so, daß die Leistungen der Bahnhöfe bis auf zwei Drittel zurückgingen. Die Bahnhofsgleise reichen dann für die zurollenden Züge nicht mehr aus und liegen längere Zeit auf der Strecke, ehe sie in den Bahnhof hineingelangen können. Der Betrieb wird, wie ein Fachmann sagt, dickflüssig. Damit verschlechtert sich aber der Wagenumlauf und der Wagenmangel nimmt zu und das alles zu einer Zeit, wo die zugefrorenen Wasserstraßen für den Transport ausscheiden. Die Kohlenversorgung leidet unter diesen Verhältnissen besonders, so ist z. B. die Wagengestellung für Kohlen an der Ruhr von 21 000 auf rund 15 000 Wagen täglich gesunken, so daß, da die Ententekohlenzufuhr zu fahren ist, selbst die Eisenbahn nicht mehr genügend beliefert wird. Ihr Kohlenbestand sank in einzelnen Bezirken bis auf drei Tage Vorrat. Da die Aufrechterhaltung des Eisenbahnverkehrs die erste Voraussetzung ist für das Inganghalten der gesamten Wirtschaft, muß die Reichsbahn zunächst mit Kohle stärker als in letzter Zeit beliefert werden, wenn dadurch für andere Verbraucher vorübergehend weitere Kürzungen in der Kohlenversorgung eintreten, so muß dieser Nachteil im Interesse der Aufrechterhaltung des Eisenbahnbetriebes in Kauf genommen werden.

* **Bergbau-A.-G. Lothringen in Gerthe in Westf.** Die in Bochum abgehaltene außerordentliche Hauptversammlung, in der 30 Aktionäre ein Aktienkapital von 58 818 000 M vertraten, hatte über Zuwahlen zum Aufsichtsrat zu beschließen. Wie der Vorsitzende, Geh. Kommerzienrat Korte, bemerkte, besteht der Aufsichtsrat bisher aus nur 3 Herren. Durch Tod ist inzwischen Kommerzienrat Grimberg ausgeschieden. Die Versammlung wählte daraufhin, dem Antrage der Verwaltung entsprechend, neu in den Aufsichtsrat: Generaldirektor Beyer (Henschel u. Sohn in Kassel), Bergwerksdirektor a. D. Fritz Brandenbusch (Bochum), Generaldirektor Gehres (Bochum), Geheimrat Dr. Ing. Karl Henschel (Kassel), Bergwerksdirektor Dr. Adolf Kühling (Bochum) und Generaldirektor Tengelmann (Essen). Anläßlich des Uebertritts von Generaldirektor Gehres aus dem Vorstande in den Aufsichtsrat gedachte der Vorsitzende der erfolgreichen Tätigkeit des Genannten für die Gesellschaft. Im Verlaufe von 20 Jahren sei aus der Gewerkschaft Lothringen mit Riesenschritten ein bedeutendes Unternehmen geworden, welches sich den übrigen großindustriellen Werken Deutschlands ebenbürtig an die Seite stellen könne. Generaldirektor Gehres soll im Aufsichtsrat eine führende Stellung zugewiesen erhalten.

* **A.-G. für Lackfabrikation in Hamm i. W.** In der Generalversammlung wurden die Regularien erledigt und die Verteilung einer Dividende von 10 Proz. beschlossen. Die Generalversammlung beschloß weiter, das Aktienkapital, das zur Zeit 1 Million M beträgt, unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre um weitere nominell 1 Million M zwecks Verstärkung der Betriebsmittel zu erhöhen. Die jungen Aktien sind zu pari von einer der Gesellschaft nahestehenden Gruppe übernommen worden und voll eingezahlt. Der Geschäftsgang wurde vom Vorsitzenden als ein guter bezeichnet.

* **Niederrheinische A.-G. für Lederfabrikation vormals Z. Spier in Wickrath.** In der Hauptversammlung waren 6 Aktionäre mit 1459 Stimmen anwesend. Es wurde beschlossen, das Aktienkapital um 1 Mill. M Stammaktien zu erhöhen und außerdem 3 Mill. M 6proz. Vorzugsaktien auszugeben. Die 4 Mill. M neuen Aktien werden von einer Gruppe mit der Bestimmung übernommen, den alten Aktionären auf 5 alte 2 neue Stammaktien und auf 2 alte eine neue Vorzugsaktie anzubieten, und zwar die Stammaktien zum Kurse von 150 Prozent, die Vorzugsaktien zum Kurse von 100 Prozent. Die neuen Aktien nehmen an der Dividende für das laufende Geschäftsjahr teil. Die vorgeschlagenen Satzungänderungen wurden genehmigt. Die Vorzugsaktien sollen bei einer etwaigen Auflösung der Gesellschaft zuerst zurückgezahlt werden.

* **F. Küppersbusch u. Söhne, A.-G., Gelsenkirchen.** Die außerordentliche Hauptversammlung, in der 31 Aktionäre mit 3948 Stimmen unter dem Vorsitz des Herrn Bankdirektors Jötten vertreten waren, genehmigte die von der Verwaltung vorgeschlagene Kapitalerhöhung um 2 Mill. M. Die Hälfte dieser Aktien soll den alten Aktionären im Verhältnis 8:1 zum Kurse von 200 Proz. angeboten werden, während die restlichen 1 Mill. M neuer Aktien von einem Bankenkonsortium unter Führung der Essener Kreditanstalt zum Verkauf übernommen werden. Der größte Teil der hereinkommenden Mittel soll die Gesellschaft instand setzen, die Anteile der Küppersbusch u. Co., Mechanische Möbelfabrik in Gelsenkirchen zu erwerben. Diese Gesellschaft liegt der Küppersbusch Herdfabrik benachbart. Das Grundstück ist vor vielen Jahren zum Betriebe der Möbelfabrik abgetrennt worden. Unter den heutigen Verhältnissen hält man die Rückerwerbung für zweckmäßig, um für Erweiternug der Herdfabrik usw. gesichert zu sein. Bei einer solchen Erweiterung würde die Möbelfabrik anderweitig untergebracht werden.

* **Schloßfabrik-A.-G. vorm. Wilh. Schulte in Schlagbaum bei Velbert.** Der Fabrikationsüberschuß des abgelaufenen Geschäftsjahres betrug 5,23 (5,62) Mill. M. Einschließlich des Gewinnvortrages von 523 802 (161 198) M ergibt sich nach 68 871 Mark (75 400 M) Abschreibungen ein Reingewinn von 5,08 (5,12) Mill. Mark zu folgender Verteilung: Zuwendungen für soziale Zwecke insgesamt 2,65 (1,85) Mill. M, 40 Proz. Dividende auf 3 Mill. Mark Aktienkapital gleich 1,20 Mill. M (i. V. 40 Proz. auf 1,5 Mill. M gleich 600 000 M), 20 Proz. Sondervergütung gleich 600 000 M, Vortrag 623 278 (523 802) M. Die Gesellschaft schüttet also bei einem gegenüber dem Vorjahre noch etwas verringerten Reingewinn noch 20 Proz. mehr aus als im Vorjahre, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß damals die Einzahlung auf 1,5 Mill. M neue Aktien aus dem Gewinn bestritten wurde. Die Bilanz des Unternehmens ist glänzend, was für die Verwaltung die Veranlassung gewesen sein dürfte, trotz des nicht gewachsenen Gewinnes die Ausschüttung zu erhöhen. Von der gesamten Bilanzsumme von 16,53 Mill. M entfallen auf der Aktivseite allein 10 (5,38) Mill. M auf Bankguthaben, welches somit mehr als die Dreifache des Aktienkapitals beträgt. Vorräte und Materialien sind mit 1,57 (1,51) Mill. M kaum verändert und werden wahrscheinlich noch erhebliche stille Reserven enthalten. Außenstände gingen auf 6,94 (4,18) Mill. M zurück, während Kreditoren sich auf 6,10 (7,13) Mill. M verminderten. Das neue Geschäftsjahr verlief, wie der Bericht sagt, bisher zufriedenstellend, die Aufträge sind in den letzten Monaten belangreich eingegangen, die Ursache dafür dürfte wohl in der Entwertung der Mark liegen.

* **Kapitalerhöhungen im Anilin-Konzern.** Die Erhebungen über den Umfang des Schadens, den die Badische Anilinfabrik durch die Explosionskatastrophe in Oppau erlitten hat, sind noch nicht abgeschlossen, doch dürfte zur Rekonstruktion des Werkes eine Kapitalerhöhung des Anilin-Konzerns notwendig werden. Ueber den Umfang und nähere Einzelheiten einer Kapitalerhöhung wird eine in der nächsten Woche stattfindende Aufsichtsratssitzung Beschlüsse fassen. Bei der Kapitalerhöhung soll laut „Frankf. Ztg." den Aktionären kein Bezugsrecht eingeräumt werden, sondern die Verwertung bleibt den einzelnen Gesellschaften mit Hilfe ihrer Bankenkonsortien überlassen. Man will dadurch erreichen, daß den Unternehmungen selbst das Aufgeld in vollem Umfange zufließt. Es dürfte sich insgesamt um Beschaffung von etwa 100—150 Mill. M neuen Aktien bezw. Anteilen handeln, die nach dem heutigen Kursstand einen Betrag von etwa 700—800 Mill. M einbringen würden. Das dürfte zur Deckung des Erfordernisses für den Oppauer Wiederaufbau etwa ausreichen. Für einen weiteren Geldbedarf, der sich noch herausstellen sollte, dürfte später Vorsorge getroffen werden.

* **Zum Zuckerpreis** schreibt die Zuckerwirtschaftsstelle des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie: Es ist leider eine unbestreitbare Tatsache, daß der Zucker im allgemeinen knapp bleibt und vielfach im Handel ganz außerordentlich hohe Preise gefordert werden. Die Schuld daran wird von der Oeffentlichkeit den Erzeugern, bezw. der Zuckerwirtschaftsstelle zugeschrieben, die den Zucker zurückhalten sollen, um hohe Preise zu erreichen. In Wirklichkeit hat aber die Zuckerwirtschaftsstelle bisher den Preis des Zuckers auf ungefähr ein Drittel des derzeitigen Weltmarktpreises für ihre Mitglieder beim Verkauf seit September vorgeschrieben, ihn bisher unverändert gehalten und gleichzeitig nahezu ein Drittel der geschätzten Erzeugung bisher schon für den Verbrauch freigegeben. Sie ist aber nun nicht mehr in der Lage, unter Berücksichtigung der in den letzten Monaten gänzlich veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse daran festzuhalten. Die inzwischen eingetretene Steigerung der Eisenbahnfrachten um 95 Prozent, die Erhöhung der Kohlenpreise, die außerordentliche Steigerung der Kosten aller Betriebsmittel und der Löhne, sowie vor allen Dingen die Notwendigkeit, der Landwirtschaft ausreichende Rübenpreise für dieses Jahr zu gewähren, um den Ausbau für das nächste Jahr nicht zu gefährden, machen einen Preis von rund 500 M je Zentner für gewöhnlichen gemahlenen Zucker ohne Sack ab Verladestelle der Fabrik für Großabnehmer notwendig. Damit erreicht der deutsche Zuckerpreis kaum die Hälfte des Weltmarktpreises. Um der Zuckerknappheit abzuhelfen, hat die Zuckerwirtschaftsstelle weiter soviel Zucker zum Absatz freigegeben, daß im ganzen nahezu die Hälfte der voraussichtlichen Gesamterzeugung in 5 Monaten verkauft werden kann. Die Zuckerknappheit kann aber erst dann ein Ende nehmen, wenn endlich der außerordentliche Eisenbahnwagenmangel aufhört.

* **Frankfurter Häute-Auktion.** Auf der gestrigen Frankfurter Häute-Auktion, auf der Groß-Viehhäute zur Versteigerung gelangen sollten, erreichten die Gebote nur etwa 40 bis 50 Prozent der auf der November-Auktion erzielten Preise. Eine zwischen Vertretern der Innungen und Vertretern des Häutegroßhandels abgehaltene Besprechung führte zu dem Beschluß, den Zuschlag nicht zu erteilen, sondern in Anbetracht der gegenwärtigen Wirtschaftslage das ganze Gefälle zurückzuziehen.

Vom ausländischen Häutemarkt.

Mitgeteilt von der Firma W. Herbig u. Co., Rotterdam.

Rotterdam: Trotz der vermehrten Nachfrage blieb das Geschäft wiederum ruhig und die Eigner sind der Ansicht, daß infolge der starken statistischen Lage kein Grund zu Preisnachlässen vorhanden sei. Von verschiedenen Seiten wird die Ansicht laut, daß infolge der Knappheit an guter Salzware mit einem weiteren Anziehen dieser Preise zu rechnen sei, besonders, wenn sich der Kurs der deutschen Valuta noch etwas mehr bessern und stabilisieren sollte.

Antwerpen: Auch hier war bei vermehrter Nachfrage nur ein mäßiges Geschäft zu verzeichnen.

England: Der Ton auf dem englischen Häutemarkt ist fester. Es wurden einige Partien Frigorifico-Häute verkauft, ferner ca. 9000 ges. Sao Paulo Frig. Ochsen 2. Qualität zu 5 d per lb ab Lager. Es verlautet, daß auf weitere Partien dieser Provenienz auf Verschiffung verhandelt werde.

La Plata: Man meldet wieder große Verkäufe. Die Vereinigten Staaten und Skandinavien haben 70 000 Frigorifico-Häute zu Preisen bis 56 Doll. (gegen 54 Doll. Höchstpreis letzter Woche) aus dem Markte genommen. Auch in trockenen La Plata-Häuten wurden einige größere Abschlüsse getätigt.

Den großen Verkäufen von Frigorifico-Häuten stehen stark verminderte Schlachtungsziffern gegenüber, nämlich 95 000 im Oktober 1921, gegen 126 000 im Vormonat und 163 000 im Oktober 1920.

Textil-Industrie.

* **Rohjute-Marktbericht der Firma M. u. W. Heller, Hamburg, vom 10. Dezember.** Während der vergangenen 14 Tage sind Preise infolge Ermäßigung der Frachtraten um weitere etwa 20/- per Ton gewichen. Daraufhin hat sich am Londoner Markt rege Nachfrage eingestellt und es hat ein ziemlich bedeutendes Geschäft, namentlich mit schottischen Spinnereien stattgefunden, während die deutschen Spinnereien nur in mäßigem Umfange gekauft haben. Seit einigen Tagen zeigen auch die Calcutta Spinnereien wieder mehr Interesse und dieser Umstand hatte eine erhebliche Befestigung des Marktes zur Folge. Verkäufer sind im Augenblick mit Angebot sehr zurückhaltend in der Annahme, daß nach der langen Pause auch der Kontinent sehr bald an die Deckung seines Bedarfes wird herantreten müssen und daß dann mit einer ganz erheblichen Preissteigerung zu rechnen sein wird. Wir notieren heute: Firsts 25,10 Pfd. Sterling, Blitz 27,10 Pfd. Sterl. Dezember/Januar-Dampfer, Hamburg-Bremen.

* **Concordia Spinnerei und Weberei in Bunzlau.** Die außerordentliche Generalversammlung genehmigte die Erhöhung des Stammkapitals um 12 auf 20 Mill. M. 9 Millionen der neuen Aktien werden von einem Konsortium übernommen mit der Verpflichtung, 8 Mill. M den bisherigen Aktionären im Verhältnis von 1:1 zum Kurse von 250 Proz. anzubieten, und 1 Mill. bestmöglichst unter Gewinnbeteiligung der Gesellschaft zu verwerten. Die restlichen 3 Mill. M werden nicht unter pari ausgegeben und werden durch das Konsortium für eventuelle zukünftige Geschäfte zur Verfügung der Gesellschaft gehalten. Sodann genehmigte die Versammlung die Erhöhung des Vorzugsaktienkapitals um 500 000 M auf 1½ Mill. M. Die neuen Aktien werden nicht unter 100 Proz. ausgegeben und sind mit zehnfachem Stimmrecht ausgestattet. Die bisherigen 1 Mill. M Vorzugsaktien erhalten ebenfalls ein zehnfaches Stimmrecht an Stelle des jetzigen fünffachen Stimmrechts. Sämtliche neuen Aktien sind vom 1. Januar 1922 ab dividendenberechtigt. Der Geschäftsgang nahm bisher einen befriedigenden Verlauf.

* **Ueber den Rückgang der ägyptischen Baumwollernte** berichtet der frühere landwirtschaftliche Sachverständige der ägyptischen Regierung im „Manch. Guard.": Während in den Jahren 1894—1899 jeder mit Baumwolle bebaute Acker durchschnittlich einen Ertrag von 500 engl. Pfund brachte, betrug die Durchschnittsernte pro Jahr von 1907—1913 nur noch reichlich 400 Pfd. und im Jahre 1920 nur noch 320 Pfd.; innerhalb von 20 Jahren ist demnach der Ertrag pro Acker um 36 v. H. zurückgegangen. Diese Verminderung ist in erster Linie zurückzuführen auf die Entkräftung des Bodens, die Verheerungen durch Insekten und Unruhen. Eine wesentliche Besserung des Ertrags verspricht sich der Berichterstatter von der Vollendung des Bewässerungssystems, das von Lord Kitchener angefangen und durch den Krieg verzögert worden ist.

Markt-Bericht Manchester 7. Dezbr.

Mitgeteilt von Sir Jacob Behrens & Sons, Manchester.

Für amerikanische Baumwolle war seit unserem letzten Berichte eine Zeit der Stille. Schwankungen hielten sich, wenn auch mit abwärts neigender Tendenz, innerhalb enger Grenzen, bis die Nachrichten von der Lösung der irischen Frage eintrafen, woraufhin der Markt sich befestigte; jetzt zeigen die Preise nur ganz geringe Veränderung. Das einzigste Zeichen von Erstarkung weisen die Einnahmen der Spinner in allen Ländern auf, die mit Ausnahme Großbritanniens einen bemerkenswerten Gewinn zu verzeichnen haben. Unsere eigenen Einnahmen zeigen leider einen Rückgang und sind ein sicherer Beweis für den schlechten Stand des hiesigen Handels. Aegyptische Baumwolle wird nur stückweise verlangt zu angeblich unveränderten Preisen.

Vom Standpunkte des Erzeugers muß man sagen, daß die Nachfrage nach Garnen schlechter ist als zuvor, zumal da die Preise, die man bei dem geringen Geschäftsgange überhaupt erhält, geringer sind als jemals sonst. Die hiesigen Fabrikanten haben nur sehr wenig Aufträge zu verzeichnen; an eine Besserung ist nicht zu denken, bevor sich der Gewebemarkt festigt. Das hauptsächlichste Interesse im Exporthandel beanspruchte die gute Nachfrage nach 30°, 31° und 32° Garnen für Bombay, die nur bereits 14 Tage andauert. Es sind auch noch einige niedrige Angebote für 40° Mulegarn, hauptsächlich für Kalkutta, vorhanden, die später zu Geschäften führen mögen. Die Festland-Märkte sind insgesamt sehr flau, nur ein geringer Handel in Kämmen mit Holland ist erwähnenswert. Preisnotierungen sind angeblich einen halben Penny für das Pfund niedriger. Bei ägyptischen Garnen ist ein Abschlag von wenigstens 1 Penny für das Pfund zu verzeichnen, während die Nachfrage auf ein Minimum zurückgeführt ist.

Auf dem Gewebemarkte herrscht noch derselbe Zustand ohne markante Züge; deutliche Entfaltungen sind nicht zu erkennen. Leider geht Silber noch weiter zurück; das übt natürlich seine Wirkung aus auf die Kaufkraft der großen Ostermärkte, auf deren Wiederbelebung Lancashire seine Hoffnung gesetzt hat. Jedes abgeschlossene Geschäft gründet sich auf Preise, die weit unter den tatsächlichen Herstellungskosten sind; obwohl hie und da Käufer ihren Nutzen ziehen aus der Not der Fabrikanten, so ist doch noch keine genügende Nachfrage angeregt, die die Verhältnisse materiell bessern und auf eine lohnende Grundlage stellen könnte. Die politische Lage scheint durch die Lösung der irischen Frage erfreulicher, doch hat sie bis jetzt noch keinen Einfluß auf den Markt, obwohl die Berichte des heimischen Handels entschieden günstiger lauten.

Amerikanische Baumwoll-Notierungen.

New York, 12. Okt. (Durch Funkspruch.)

	9.12.	12.12. 11 Uhr	12.12. Schluß
Januar	17,75	18,03	17,18
März	17,73	18,01	17,18
Mai	17,51	17,83	17,00
Juli	17,07	17,36	16,60

Wechsel auf Berlin 0,61.

Dollar-Schlusskurs: 163,9.

Hauptredakteur: Th. Warnecke.
Verantwortlich für den politischen Teil: Th. Warnecke; für Handel u. Wirtschaftliches: Karl Mohs; für Lokales u. Provinzielles: Dr. Adolf Hermann; für Feuilleton, Kunst und Wissenschaft: Dr. Heinz Bause; für Anzeigen und Reklamen: Max Peukes, sämtlich in Münster.